

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5073

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5073



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 9. Februar 2025

Inhalt

«Wenn man feststellt, dass die Entwicklung in eine falsche Richtung geht, muss man bildungspolitisch eine Korrektur fördern»	2
7. Februar 2025, Marianne Wüthrich	2
«Der Gender-Unfug hat an Schulen nichts zu suchen»	4
NZZ, 31. Januar 2025, Schweiz,	4
Unsere Volksschule wurde ruiniert	7
Sonntagszeitung, 2. Februar 2025, Kolumne von Markus Somm	7
Später Französisch lernen – Appenzell macht' s vor	8
CH Media, 4. Februar 2025, Gastbeitrag von Carl Bossard	8
Frühfranzösisch soll abgeschafft werden	9
Tages-Anzeiger, 3. Februar 2025, Zürich, Pascal Unternährer	9
Das leidige Frühfranzösisch	11
Schweizerzeit, 24. Januar 2025	11
«Der Druck macht die Kinder krank»	12
Tages-Anzeiger, 5. Februar 2025, Zürich, Nina Fargahi	12
Kita-integrierte Deutschförderung hilft beim Spracherwerb	14
Tages-Anzeiger, 30. Januar 2025, Zürich, Sepinud Poorghadiri	14
Verfehlte Gleichmacherei bei der Bildung	15
NZZ, 21. Januar 2025, Meinung & Debatte, Katharina Fontana	15
Absurdes Bundesgerichtsurteil zum Kathi	16
Wiler Nachrichten, 30. Januar 2025, Leserbrief	16
Dänemarks Kinder sitzen zu oft am Bildschirm – jetzt greifen die Eltern ein	17
Tages-Anzeiger, 27. Januar 2025, Alex Rühle	17



«Wenn man feststellt, dass die Entwicklung in eine falsche Richtung geht, muss man bildungspolitisch eine Korrektur fördern»

7. Februar 2025, Marianne Wüthrich

Das Highlight unserer Textsammlung ist zweifellos das Interview mit dem Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid in der NZZ. Er legt die seit langem bekannten desaströsen Auswirkungen der von manchen Leuten immer noch hochgejubelten Schulreformen auf den Tisch – in unmissverständlichen Worten, nichts lässt er aus.

- Zum integrativen Schulmodell: Sinkendes Leistungsniveau der Schüler, den Lehrern verleidet ihr Beruf. Deshalb: Wieder Förderklassen einführen.
- Zum Lehrplan 21: «Derart überladen mit Kompetenzen, dass die wichtigsten Dinge, die wirklich wichtigen Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen darunter leiden und zu kurz kommen.»
- Zu wenig Zeit für die Schulsprache Deutsch: Französisch auf die Oberstufe verschieben und die gewonnene Zeit fürs Deutschlernen nutzen.
- Lautgetreues Schreiben: Ab der 1. Klasse sollten die Fehler korrigiert werden, damit sie sich nicht einschleifen in den Köpfen der Kinder.
- Unleserliche Handschrift und Abschaffen der Schnürlischrift: «Wichtige motorische Fähigkeiten gehen verloren».
- Abschaffung der Noten: In Nidwalden ab der 3. Klasse wieder eingeführt, Res Schmid würde dies schon ab der 2. Klasse begrüßen.
- Handy-Verbot: Nidwalden wird ab dem Sommer strikte Richtlinien einführen.
- Zum «Gender-Unfug»: «Damit machen wir unsere Sprache kaputt. In Nidwalden wird nicht gegendert. Das habe ich vor den Nidwaldner Lehrerinnen und Lehrern klipp und klar gesagt.»
- Sexualpädagogik: «Schule sollte neutral und ideologiefrei sein.»
- Zur falschen Anleitung der Lehrerstudenten an den PHs: «Ungeführter Unterricht und individuelles Lernen wird den angehenden Pädagogen an den PH leider oft als beste Lösung gelehrt. Unverständlich.»

«Wenn man feststellt, dass die Entwicklung in eine falsche Richtung geht, muss man bildungspolitisch eine Korrektur fördern», fordert Res Schmid. Er bedauert, dass seine Amtskollegen in den anderen Kantonen, und somit auch die EDK, seine Mahnungen nicht hören wollen und dass sie «die Pädagogischen Hochschulen, gestützt auf die Bildungsfreiheit, (einfach) machen lassen.» Ja, das bedauern wir auch, sehr sogar. Vielleicht sollten wir die Zürcher Bildungsdirektorin und ein paar andere nach Stans zur Fortbildung schicken?

Die weiteren Artikel in unserem Newsletter bestätigen samt und sonders die klare Analyse des Nidwaldner Bildungsdirektors. Eine gute Ergänzung ist der Kommentar von Markus Somm im Nebelspalter zu Schmid's Artikel.

Zürcher Kantonsräte wollen Französischunterricht auf die Sekundarstufe verschieben

Grosse Aufregung im Blätterwald: Vier Parteien im Zürcher Kantonsrat haben eine Motion eingereicht, die das Frühfranzösisch abschaffen will. Wie Carl Bossard in seinem Artikel informiert, wird in Appenzell Innerrhoden schon seit eh und je Französisch erst ab dem 7. Schuljahr gelehrt, dasselbe gilt übrigens auch für den Kanton Uri. Wenn der bevölkerungsreichste Kanton Zürich diesen Brocken anpackt, könnte das landesweite Folgen haben.

Es hat sich längst herumgesprochen und ist durch die Forschung belegt: In einem gut strukturierten Franz-Unterricht in der Oberstufe sind die Lernerfolge besser als neben Deutsch und Englisch in der



Primarschule. Denn zuerst muss die deutsche Sprache einigermaßen sitzen, darauf aufbauend lernen die Jugendlichen rascher und effektiver Französisch. Carl Bossard erinnert an die diesbezüglichen Ergebnisse der Langzeitstudie von Simone Pfenninger an der Uni Zürich und macht aufmerksam auf eine Zentralschweizer Untersuchung mit schockierend schlechten Resultaten in sämtlichen Bereichen der französischen Sprache: Sprechen, Hörverstehen, Lesen und Schreiben.

Die Suppe, die der Zürcher Bildungsdirektor Ernst Buschor einst mit der Einführung des Frühenglisch und andere «Experten» mit dem Frühfranzösisch zusammengebräut haben, müssen unsere Kinder heute auslöffeln. Viele von ihnen erhalten bekanntlich in der Volksschule keine genügenden Grundlagen in der deutschen Sprache – von den mehrheitlich schwachen Kenntnissen in den beiden Fremdsprachen, vor allem in der Primarschule, ganz zu schweigen. In den Artikeln, die wir zu diesem Thema zusammengestellt haben, finden Sie ein weiteres Mal die Gründe, die für die Verlegung des Faches Französisch auf die Oberstufe sprechen. Besonders erhellend das Beispiel im Artikel «Das leidige Frühfranzösisch». Allerdings muss diese Verschleuderung der Lernzeit unserer Kinder nicht mehr 10 bis 15 Jahre weitergehen, wie der Autor befürchtet. Die Zürcher könnten den Stein schon jetzt ins Rollen bringen.

Ein Argument, das aus der französischsprachigen Schweiz immer wieder eingebracht wird, ist die Bedeutung des Französischunterrichts für den nationalen Zusammenhalt. Damit haben unsere Compatriotes zweifellos recht. Aber ob die Zürcher oder Thurgauer Kinder in der 5. oder 7. Klasse beginnen, Französisch zu lernen, hat keinen Einfluss auf das Zusammengehörigkeitsgefühl der Schweizer Bevölkerung. Wichtiger ist, dass sie tatsächlich einige alltagstaugliche Grundlagen erwerben können.

Deutschförderung in der Kita

Ein Wort zum speziellen Deutschförderungs-Programm in den Stadtzürcher Kitas. Ist es nicht ohnehin eine der zentralen Aufgaben der Betreuerinnen, mit den Kindern Schweizerdeutsch zu sprechen und darauf zu achten, dass diese sich in deutscher Sprache äussern? Braucht es da eine Extra-Förderung? Plus eine «wissenschaftliche Evaluation» der PH Zürich? Alles mit Steuergeldern bezahlt! Und siehe da: «Die Auswertungen bestätigen darüber hinaus auch den bekannten Befund, dass der Kita-Besuch an sich die Sprachentwicklung in Deutsch im Vergleich zu Kindern ohne Kita-Betreuung signifikant fördert.» Eben!

Bundesgericht zum Kathi: Ideologisch motiviertes Urteil

Zwei Vorbemerkungen. Zum einen stimme ich mit allen überein, die eine bessere Förderung auch der Buben in der Volksschule für dringend nötig erachten: Mehr Unterricht in den naturwissenschaftlichen Fächern und im Werken, mehr männliche Lehrer und anderes. Der erfahrene Lehrer und Psychologe Allan Guggenbühl setzt sich deshalb seit langem für eine Wahlmöglichkeit von nach Geschlechtern getrennten Klassen während der Pubertätsjahre ein, so dass auch die Buben sich in ihrer Haut wohl fühlen können. Dazu müsste aber an unserem Schulsystem eine ganze Menge geändert werden. Mit seinem Urteil schiebt das Bundesgericht derartigen Bestrebungen einen Riegel.

Zum anderen sind die Zeiten vorbei, wo mehrheitlich Mädchen aus privilegierten Familien wie Karin Keller Sutter im Kathi aufgenommen wurden. Heute besteht eine zeitgemässe soziale Durchmischung. So hat eine Jugendliche aus einfachen Verhältnissen in unserer Nachbarschaft die Sekundarschule im Kathi besucht. Ihre Mutter stammt aus einer fernen Kultur und die Kinder haben entsprechend nur schmale Deutschkenntnisse. Es freute mich sehr, dass ihr der Sprung in die Sek gelang, dass sie einen Platz im Kathi bekam und ganz besonders, dass sie nachher eine Lehre in ihrem Wunschberuf absolvieren konnte.

Beim Bundesgerichtsurteil zum Kathi geht es um etwas völlig anderes. Dass das Gericht – unter Umgehung der kantonalen Schulhoheit – den Schulbetrieb in der christlichen Mädchenschule für verfassungswidrig erklärt und dieser damit die öffentlichen Gelder entzieht, hat nichts mit der Sorge

um eine gute Bildung der Buben oder der Realschüler oder mit «Gerechtigkeit» zu tun. Zur politisch-ideologischen Einordnung empfehle ich Ihnen die Darlegungen der langjährigen Bundesgerichts-korrespondentin der NZZ, Katharina Fontana.

Ermutigender Schlusspunkt: Dänische Eltern ziehen Notleine gegen überbordende Digitalisierung

Der Bericht im Tagi macht Mut und lädt zur Nachahmung ein. Ein dänischer Elternverein hat die Initiative ergriffen, um das Ertrinken ihrer Kinder in den elektronischen Geräten und den sogenannten sozialen Medien zu stoppen. Gymnasiasten rufen ihre Eltern auf: «Legt die Handys weg!» Das Ministerium für Kinder und Bildung gibt Empfehlungen heraus zur Eindämmung der Digitalisierung in den Schulen. Unter anderem hält die Behörde doch tatsächlich fest: «Bildschirme sollen nur dann eingesetzt werden, wenn sie didaktisch und pädagogisch sinnvoll sind»! Besser wäre es gewesen, wenn unsere Politiker und «Experten» diesbezügliche Forderungen und Warnungen zahlreicher Pädagogen schon früher zur Kenntnis genommen hätten. Aber lieber spät als nie.

Eine anregende Lektüre wünscht

Marianne Wüthrich

«Der Gender-Unfug hat an Schulen nichts zu suchen»

NZZ, 31. Januar 2025, Schweiz,

Laut dem Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid ist das integrative Schulmodell in der heutigen Form gescheitert. Es sei wichtig, wieder Förderklassen für Kinder mit Einschränkungen einzuführen, sagt er im Gespräch mit Erich Aschwanden und Sebastian Briellmann



*Res Schmid Regierungsrat
des Kantons Nidwalden*

Herr Schmid, Sie sind seit 2010 Nidwaldner Regierungsrat und damit der dienstälteste Bildungsdirektor der Schweiz. Gibt es immer noch Sachen, über die Sie sich aufregen?

In unserem System dauert es ewig, bis man erkennt: Eine Schulreform hat nicht funktioniert. Man weigert sich, das Offensichtliche einzusehen. Viel zu selten werden Reformen mit Fehlentwicklungen rückgängig gemacht oder zumindest markante Anpassungen vorgenommen.

Sie meinen die integrative Schule.

Das integrative Schulmodell ist in der aktuellen Form gescheitert. Die integrative Schule verliert ihren Sinn, wenn das Niveau und die Qualität der Regelklasse wegen der Integration sinken.

Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Bevor ich 2010 mein Amt antrat, wurde die integrative Schule eingeführt. Nidwalden war der erste Kanton, der diese Reform vollständig umgesetzt hat. Und obwohl wir seit 2012 sehen, dass zum Beispiel das Leseverständnis massiv abnimmt, hat die Ideologie gesiegt. Die

lautet: Chancengleichheit für alle. Das ist sozialetisch wunderbar, aber wenn das Gegenteil eintritt, wenn es einen Kippeffekt gibt, wenn die Leistungen vieler Schüler schlechter werden und die Lehrer an ihre Grenzen kommen: Dann kann es so nicht weitergehen. Darum ist es wichtig, wieder Förderklassen einzuführen, um die Schüler mit besonderen Bedürfnissen und auch Verhaltensauffällige optimal zu unterstützen und zu betreuen. Das entlastet die Klassenlehrer und ermöglicht der Regelklasse, ihre Lernziele zu erreichen.

***Warum ist es Ihnen nicht gelungen, diesen Abwärtstrend zumindest in Ihrem Kanton zu stoppen?***

Weil ich das leider nicht allein kann. Ich war immer kritisch gegenüber Reformen und habe in meiner Amtszeit keine aus eigenem Antrieb eingeführt. Nun möchte ich korrigieren, was im bewährten Schulsystem kaputtgegangen ist. Die Ideologie, gepaart mit zunehmender Bürokratie: Das ist wie ein Geschwür, das sich langsam immer weiter ausbreitet.

Warum dauerte es so lange, bis die Probleme mit der vollumfänglichen Integration offen thematisiert wurden?

Erfahrene, ältere Lehrer, die noch ein klassisches Lehrerseminar gemacht haben, sagen mir seit über zehn Jahren: Res, wir sehen es wie du, die integrative Schule ist zum Scheitern verurteilt – aber wir können das nicht offiziell sagen.

Warum nicht?

Weil sich die Lehrer generell nicht gerne exponieren, was ich noch verstehen kann. Und viele haben mir auch ehrlich gesagt, dass ich das falsche Etikett auf der Stirn habe.

SVP.

Ja, klar. Als Bildungsdirektor war das lange ein Nachteil. Heute, und darüber bin ich froh, spielt das keine Rolle mehr. Weil die Probleme so gross sind, dass man sie nicht mehr wegen Parteigeplänkel ignorieren kann.

Was sind die grössten Probleme in Nidwalden?

Ich habe schon früh zwei rote Linien definiert. Eine ist für mich der Punkt, wenn es den Lehrern wegen Überlastung verleidet. Das kommt leider häufig vor. Zweitens: Wenn das Niveau der Regelklassen sinkt, weil sich der Unterricht zu sehr um Integration und die sogenannten Verhaltensauffälligen kümmern muss. Das ist heute leider auch der Fall. Die Folgen sind dramatisch. Der Lehrplan 21 ist derart überladen mit Kompetenzen, dass die wichtigsten Dinge, die wirklich wichtigen Grundkompetenzen Lesen, Schreiben, Rechnen darunter leiden und zu kurz kommen. Schweizweit sind wir in Nidwalden im unteren Mittelfeld. Das ist nicht gut genug.

Der Kanton Nidwalden hat 2015 eine Volksinitiative abgelehnt, die die Abschaffung des Frühfranzösisch gefordert hat. War das ein Fehler?

Die Sprachenvielfalt an der Primarschule ist nach wie vor zu gross. Darunter leidet die Schulsprache, in unserem Fall also Deutsch. Wir müssen eine Sprache wegnehmen und mit den zusätzlichen Lektionen, die wir dadurch gewinnen, Deutsch üben. Lesen und Schreiben. Es wäre allen gedient, wenn wir nicht in der Primarschule, sondern in der Sekundarschule den Französischunterricht intensivieren würden. Aber auch hier ist die Zeit noch nicht reif, eine falsche Reform rückgängig zu machen. Allerdings höre ich inzwischen auch Stimmen der Zentralschweizer Erziehungsdirektoren, die ein Umdenken fordern.

Sind im Kanton Nidwalden Handy-Verbote an Schulen ein Thema?

Das Bedürfnis dafür ist da. Die Bildungsdirektion ist daran, im Hinblick auf den Start des Schuljahres strikte Richtlinien für Handys zu erlassen. Dies auf Antrag der Schulleiter und der Schulpräsidenten des Kantons. Gestützt auf diese Weisungen sollen die Schulen den Gebrauch des Handys nur noch für Notfälle erlauben. Auch in den Pausen soll der Gebrauch des Handys untersagt werden. Die Kinder sollen sich wieder mehr bewegen und spielen.

Und richtig ausdrücken sollen sie sich auch: Sie wehren sich vehement gegen das lautgetreue Schreiben.

Mit diesem Unsinn müssten wir sofort aufhören. Am besten wäre es, wenn die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) zu diesem Schritt aufrufen würde, auch wenn diese Unterrichtsform noch Teil des von ihr gutgeheissenen Lehrplans 21 ist. Ich wünsche mir, die EDK würde den Mut aufbringen, diesen Fehler zu korrigieren. Und noch eine andere Entwicklung halte ich für sehr problematisch.

Welche?

Wenn ich meine Schulbesuche mache, dann sehe ich in den Heften der Dritt- und Viertklässler, dass viele schreiben wie die . . .

**Wie was?**

(Lacht.) Sagen wir es so: Es wird vielerorts überhaupt kein Wert mehr auf eine anständige Handschrift und Darstellung gelegt. Oft ist die Schrift unleserlich. Es wird sowieso nicht mehr verbunden in Schnürlischrift geschrieben, was ich bedaure. Wichtige motorische Fähigkeiten gehen verloren. Und eben: diese Fehler. Zum Beispiel wird der Affe in den unteren Klassen noch mit einem f geschrieben. Das ist bedenklich. Aber der Lehrplan 21 sagt ja, dass erst ab der 3. Klasse korrigiert werden soll.

Dürften die Lehrer korrigieren, wenn sie wollten – und den Lehrplan ignorieren?

Natürlich! Jeder Lehrer, der das tut, wird von mir dazu ermutigt. Ich wäre sofort dafür dies zu verbieten. Aber es ist noch schwierig, sich als Bildungsdirektor eines Kantons gegen eine nationale Vorgabe durchzusetzen. Aber ich bin dafür, dass dieser Unsinn, und nur so kann man es nennen, sofort aufhört.

Dennoch hat man den Eindruck: Es gibt ständig neue Reformen. Die neuste Modeerscheinung: Abschaffung der Noten.

Mit dieser Entwicklung bin ich nicht einverstanden. Eine Note ist noch immer die fairste aller Bewertungen. Wenn ich mir die heute eingesetzte Soft-Form einer schriftlichen Bewertung ansehe, sehe ich vor allem Nachteile. Für die Lehrer ist der Aufwand erstens massiv höher – und wie diese beim Schüler und den Eltern ankommt und verstanden wird, ist völlig unklar. Jeder versteht eine solche schriftliche Bewertung anders. Nur Noten schaffen Fakten. In Nidwalden haben wir die Noten wieder ab der dritten Klasse eingeführt, nachdem bis zu meinem Amtsantritt erst ab der fünften Klasse benotet wurde. Von mir aus dürfte es auch schon ab der zweiten Klasse sein.

Erleben wir einen Trend, der eine leistungslose Gesellschaft fördert? Bloss keinen Druck ausüben.

Ich meine leider ja. Der Trend, jeden Druck zu vermeiden und alle gleichzustellen, ist eine linke ideologische Fehlentwicklung.

Wird diese an den Pädagogischen Hochschulen verbreitet?

Unter anderem. Ein Beispiel: In den Klassen, die von einer Lehrerin mit klaren Regeln geführt werden, ist es ruhig. Wenn Kinder einen Pamir tragen müssen, um sich Ruhe zu verschaffen: Dann ist das alles andere als gut. Ungeführter Unterricht und individuelles Lernen wird den angehenden Pädagogen an den PH aber leider oft als beste Lösung gelehrt. Unverständlich. Hätte ich noch schulpflichtige Kinder, würde ich als Vater ungehalten.

Wird an den Pädagogischen Hochschulen das Falsche gelehrt?

Ich habe zu wenig Fakten, um das mit Sicherheit sagen zu können. Aber ich beobachte in der Bildungspolitik generell, dass man sich in den letzten Jahren im Zweifelsfall für die linken Rezepte entschieden hat. Schule sollte neutral und ideologiefrei sein, ist es aber bei weitem nicht. Das sieht man an der Sexualpädagogik. Da kommen verschiedene Gruppen in die Schule und erzählen, welche diversen Geschlechter es gibt. Das hat in der Schule nichts zu suchen. Das gilt meiner Ansicht nach auch, Entschuldigung, für den ganzen Gender-Unfug. Damit machen wir unsere Sprache kaputt. In Nidwalden wird nicht gegendert. Das habe vor den Nidwaldner Lehrerinnen und Lehrern klipp und klar gesagt.

Können Sie sich als Bildungsdirektor eines kleinen Kantons überhaupt wehren gegen diese Strömungen?

Die Bildungsdirektoren und die EDK hat sich bisher weitgehend aus dieser Diskussion herausgehalten und die Pädagogischen Hochschulen, gestützt auf die Bildungsfreiheit, machen lassen. Doch wenn man feststellt, dass die Entwicklung in eine falsche Richtung geht, muss man bildungspolitisch eine Korrektur fördern.

Davon ist wenig zu spüren.

Ich bin seit vielen Jahren ein einsamer Rufer in der Wüste. Man hört mir in diesen Gremien zu und lässt mich meine Haltung einbringen. Doch Konsequenzen haben meine Mahnungen nicht, die sich



auf zahlreiche Schulbesuche und einen langjährigen engen Kontakt mit Lehrern und Schulleitern stützen.

Nun hat neben Ihrer Partei auch die FDP das Thema Bildungspolitik wiederentdeckt und fordern vehement Korrekturen. Kommt es nun zur Wende?

Ich habe mich sehr darüber gefreut, dass die FDP mit ihrem Papier glasklare Forderungen zur Bildungspolitik aufstellt. Endlich sind wir nicht mehr allein, sondern erhalten Unterstützung durch die Freisinnigen. Wir dürfen nun nicht aus falschem Stolz Initiativen und Vorstösse aus der FDP oder der Mitte nicht unterstützen. Vorwärts – egal von wem solche korrigierenden Impulse kommen.

Unsere Volksschule wurde ruiniert

Sonntagszeitung, 2. Februar 2025, Kolumne von Markus Somm

Der Nidwaldner Bildungsdirektor Res Schmid kritisiert mit deutlichen Worten das integrative Schulmodell – er hat recht.

Solch klare, brutale Worte hat man schon lange nicht mehr von einem Bildungsdirektor gehört. Er heisst Res Schmid und kommt aus Nidwalden: «Der Gender-Unfug hat an Schulen nichts zu suchen.» Oder: «Der Trend, jeden Druck zu vermeiden und alle gleichzustellen, ist eine linke ideologische Fehlentwicklung.» Schliesslich: «Das integrative Schulmodell ist in der aktuellen Form gescheitert.»

Balsam auf die Seele eines Vaters von fünf Kindern, alle Absolventen der Volksschule (bis vor kurzem), die jeden Reform-Irrsinn und jede pädagogische Mode erlitten haben, was meine Frau und mich, beide recht ordentlich ausgebildet, oft ans Ende unseres Lateins gebracht hat – eine tote Sprache, die man ja auch nicht mehr lernen soll, wie uns Leute versichern, die kein Latein können.

Als ich Schmid in diesem bemerkenswerten Interview in der NZZ folgte, ging mir ein Zweites durch den Kopf: Warum haben wir uns von angeblichen Fachleuten so lange einreden lassen, dass das, was sich seit etwa 200 Jahren in der Pädagogik bewährt hat, was Generationen von Lehrern und Schülern unternommen haben, um auszubilden und zu lernen, nichts mehr taugt?

Es braucht Noten, um den Fortschritt zu messen

Dazu gehören Lesen, Schreiben und Rechnen als Grundfertigkeiten, die man nicht oft genug anwenden kann. Ebenso braucht es Noten, die den Fortschritt messen. Schliesslich kommt man ums Büffeln nicht herum. Üben. Üben. Üben. Was doch selbstverständlich ist – fragen Sie einen Tennisspieler, erkundigen Sie sich bei einem Pianisten –, hat in den letzten Jahren einen muffigen Ruf erhalten, seit promovierte Spasspädagogen uns darüber aufgeklärt haben, dass Lernen Spass machen müsse, falls man die Kinder erreichen möchte, zumal jede Forderung, jedes böse Wort die Seele eines Heranwachsenden zerstöre und im Analphabetismus ende.

Das immerhin hat man trotzdem erreicht. Gemäss letzter Pisa-Studie sahen sich noch nie so viele junge Schweizer ausserstande, auch nur einen trivialen Text zu verstehen, geschweige denn die schlecht geschriebenen Dissertationen der Spasspädagogen. Warum haben wir uns das bieten lassen? Immerhin geht es um die Zukunft unserer Kinder.

Schmid gibt einen Hinweis: Kaum hatte er als SVP-Politiker sein Amt angetreten, stellte er zwar fest, dass ihm manche Lehrer – und die kennen sich ja aus – hinter vorgehaltener Hand beipflichteten, wenn er etwa die integrative Schule infrage stellte, doch sie gaben ihm zugleich zu verstehen: «Dass ich das falsche Etikett auf der Stirn habe», sprich der unaussprechbaren, da krypto-faschistischen Partei angehörte. Omertà unter Pädagogen. Lieber sah man zu, wie die Schule zugrunde ging, als den Falschen recht zu geben.



Ein weiterer Grund, warum alle schimpften, aber niemand sich widersetzte, hängt damit zusammen. Die vielen Reformen stammten vorwiegend von Akademikern, deren Bildungsabschlüsse zwar ras-selten wie Orden an der Brust eines Generals, die selbst jedoch kaum je vor einer Klasse gestanden hatten.

Wenn sie Reformen vorschlugen, dann überwog die Theorie, sie erlagen ideologischen Moden, es wurden Utopien verwirklicht, die klüger wirkten, als sie waren, und an der Praxis zerschellten. Unsere Generation, Kinder der Bildungsexpansion der 1960er-Jahre, die sich oft viel darauf einbildeten, wenn sie Akademiker geworden waren, nahm – von uns selbst beeindruckt – unkritisch hin, was die gleichen Akademiker an den Schulen anrichteten.

Eine Volksschule, die weder eine Schule ist, noch einem Volk dient

Am Ende wurde unsere Volksschule, eine der Erfolgsgeschichten des schweizerischen Liberalismus seit 1830, Opfer eines antiliberalen Zeitgeistes, indem sich eine Minderheit anmasste, eine «pro-gressive» Reform nach der anderen auszuhecken und durchzuziehen, wobei die meisten davon kaum demokratisch abgestützt waren, und wenn, dann blieb den Bürgern oft verborgen, was sie da akzeptierten, im Glauben, die «Experten» wüssten es schon besser.

Das widersprach der DNA der Volksschule, die stets eine demokratische Volksschule gewesen war und deshalb auch bis in die 1980er-Jahre realistisch und leistungsorientiert geblieben war. Common Sense herrschte an dieser Schule, weil die Mehrheit des Volkes im Zweifelsfall immer auf den Common Sense setzt.

Dann übernahmen die «Experten». Common Sense stand nun a priori unter Verdacht, man entschied sich oft bewusst für das Gegenteil dessen, was 200 Jahre lang gegolten hatte – um des Reformierens willen. Ist das nicht infantil? Nein, es ist gefährlich. Und das Ergebnis, eine Volksschule, die in mancher Hinsicht weder eine Schule ist, noch einem Volk mehr dient, spricht leider für sich selbst.

Später Französisch lernen – Appenzell macht' s vor

CH Media, 4. Februar 2025, Gastbeitrag von Carl Bossard

Gastbeitrag zum Sprachenkompromiss, der zunehmend unter Druck gerät

«Luzerner Jugendliche werden gegenüber früheren Jahrgängen im Französisch schlechter», schrieb CH Media vor kurzem. Das Niveau sinke, das Interesse an unserer zweiten Landessprache sei gering. Doch wen erstaunt das? Eigentlich weiss man es schon lange: Viele Primarschülerinnen und -schüler sind mit zwei frühen Fremdsprachen überfordert. Bereits 2017 betonte die Zürcher Linguistin Simone Pfenninger: «Man könnte beim Zweitspracherwerb dasselbe Ziel auf der Oberstufe mit geringerem Aufwand erreichen.» Ihre Stimme verhallte ungehört. Ungehört blieben auch die Praktiker.

Doch viele Verantwortliche in den Bildungsstäben sind gegen das Offenkundige immun; sie stört kein Zweifel. Das erinnert an Christian Morgensterns messerscharfen Schluss, dass «nicht sein kann, was nicht sein darf».

Wer in der globalisierten Welt modernitätsfähig sein will, braucht eine Fremdsprachenqualifikation. In der Schweiz gehört dazu eine zweite Landessprache. Und da Englisch ohnehin zur Lingua franca geworden ist, sollten die Kinder – zusätzlich zur Deutschkompetenz – mindestens doppelsprachig sein. Hier herrscht Konsens. Doch wann soll mit dem Fremdsprachenlernen begonnen werden? Und wie steht es um die Standardsprache Deutsch? Für viele ist sie ja auch eine Fremdsprache, zumal man weiss: Fast jeder vierte Schüler verlässt unsere Schulen, ohne dass er richtig lesen und schreiben kann. Eine offene Wunde unserer Gesellschaft!



Frühfranzösisch lässt sich nicht isoliert betrachten. Zu viele Positionen stehen sich diametral gegenüber. Zwei Fremdsprachen bereits in der Primarschule, das fordern die Kosmopoliten. Und ohne Frühfranzösisch bröckle der Kitt der föderalen Schweiz, bekräftigen die offizielle Schulpolitik und der Lehrplan 21. Das sei zu viel, argumentieren erfahrene Pädagogen. Sie verweisen auf die Fächerfülle, die begrenzte Übungszeit und den Sprachverlust in der Muttersprache.

Fremdsprachen in der Volksschule waren lange Zeit Domäne der Sekundarstufe I (7. bis 9. Schuljahr). Die Primarschule beschränkte sich auf wenige Kernfächer. In den 1990er-Jahren führten fast alle Deutschschweizer Kantone Primarschul-Französisch ein, während die welschen Stände den Deutschunterricht vorverlegten. 2000 überraschte der Zürcher Bildungsdirektor und Reformturbo Ernst Buschor mit seinem Brachial-Entscheid: English first. Frühenglisch vor Frühfranzösisch hiess seine Devise. Darum haben wir heute in den ersten sechs Volksschuljahren zwei zusätzliche Sprachen. Einzig Innerrhoden verzichtet in der Primarstufe auf eine zweite Fremdsprache.

Die Alternative Französisch oder Englisch ist verquer. Denn beides ist wichtig – und was wichtig ist, muss richtig getan werden. Doch über den richtigen Zeitpunkt und die Intensität scheiden sich die Geister. Lange Zeit galt der Grundsatz: je früher, desto besser. Das ist prinzipiell nicht falsch. Fraglos lernen Kinder vieles leichter als Erwachsene. Das zeigt sich bei Jugendlichen, die zweisprachig aufwachsen. Ganz anders aber verhält sich die Situation im Klassenverband mit wenigen Wochenlektionen. Bereits 2016 schockierte eine Zentralschweizer Studie: Nur jeder 30. Achtklässler sprach lehrplangerecht Französisch; nicht einmal jeder Zehnte erreichte die Lernziele im Hörverstehen. Unbefriedigend sahen die Resultate auch beim Lesen und Schreiben aus. Da wurde eines klar: Wenn Bildungsidee und Wirklichkeit nicht übereinstimmen, leidet bloss die Wirklichkeit. Manchen jungen Menschen verleidet darum Französisch.

Die Appenzell Innerrhölder machen das Gleiche anders – und das mit Erfolg: Sie verlegten den Französischunterricht von der Primar- in die Sekundarstufe und unterrichten hier mit hoher Kadenz. Sie befreiten die Primarklassen von Französisch und gewannen Zeit fürs Kernfach Deutsch. Bei Vergleichstests liegen sie hier schweizweit an der Spitze. Ihr Grundsatz: Fürs Erlernen einer Fremdsprache braucht es präzise Kenntnisse und automatisierte Ausdrucksfähigkeiten der Muttersprache. Anders gesagt: besser zuerst scharfzünftig Deutsch als vielzünftig ungenau! Erfahrene Lehrpersonen wissen darum. Im Zürcher Kantonsparlament will nun ein Vorstoss den Französischunterricht auf die Sekundarstufe verlegen. Er hat gute Chancen. Die Appenzeller machten es vor.

Carl Bossard, ehemaliger Direktor Kantonsschule Luzern und Gründungsrektor Pädagogische Hochschule PH Zug

Frühfranzösisch soll abgeschafft werden

Tages-Anzeiger, 3. Februar 2025, Zürich, Pascal Unternährer

Brisanter Vorstoss • Im Kanton Zürich sollen Schülerinnen und Schüler Französisch nicht mehr in der Primarschule lernen, sondern erst in der Sek und im Gymi. Die Forderung hat im Kantonsparlament gute Chancen.

Das umstrittene Frühfranzösisch kommt wieder aufs politische Tapet.

Im Zürcher Kantonsrat reichen heute Mitte, SVP, GLP und EVP eine Motion ein. Sie wollen den Start für den Französischunterricht von der Primarstufe in die Sekundarstufe verschieben, also von der 5. Klasse in die Sek oder ins Gymnasium.

Das Anliegen könnte im Parlament eine Mehrheit finden. Die vier Parteien haben 90 von 180 Sitzen. Zudem gibt es auch in anderen Parteien Gegnerinnen und Gegner des Frühfranzösisch.

Erstunterzeichnerin des Vorstosses ist ausgerechnet eine Politikerin der Mitte, also der Partei von Bildungsdirektorin Silvia Steiner, die zwei Fremdsprachen in der Primarschule befürwortet.



Kantonsrätin Kathrin Wydler nimmt diese Konstellation in Kauf. «Hier haben wir eine unterschiedliche Meinung», sagt sie im Gespräch. Dass sich die Mitte erstmals gegen Frühfranzösisch engagiert, erklärt Wydler so: «Man darf gescheiter werden.»

Stimmvolk sagte zweimal Nein

Tatsächlich hat der Kanton Zürich schon zweimal darüber abgestimmt. 2006 und 2017 sprachen sich nur die SVP und die EVP für die Volksinitiativen aus, die nur eine Fremdsprache in der Primarschule wollten. Welche Sprache - ob Englisch oder Französisch -, wurde damals bewusst offengelassen. Die Initiativen scheiterten mit Nein-Anteilen von 58,6 (2006) respektive 60,8 Prozent (2017).

Diesmal zielen die Motionärinnen und Motionäre direkt aufs Französisch. Kathrin Wydler ist es aber wichtig, festzuhalten, dass sich ihr Vorstoss nicht gegen das Französisch an sich richtet. «Wir wollen die zweite Landessprache nicht kippen, sondern verschieben», sagt sie. Sie selbst sei früher «auch dem Irrtum erlegen, dass je früher, desto besser ist». Heute sei das Frühfranzösisch eine «heilige Kuh», an welcher der Zusammenhalt der gesamten Schweiz zu hängen scheine.

Tatsache sei aber, dass das Niveau in den Grundkompetenzen Deutsch und Mathematik sinke, während der Druck auf die Schulkinder steige. Es gebe zu viele Fächer, zu viel verschiedenen Schulstoff. Die Kinder verzettelten sich, viele seien überfordert, sagt Wydler. Das Frühfranzösisch beschäftige sie seit längerem, so Wydler. Sie ist in der Bildungskommission des Kantonsrats, in der Schulkommission der Berufsmaturitätsschule Winterthur und zudem Schulpflegerin in Wallisellen.

«Resultat nach zwei Jahren ernüchternd»

Und sie ist Mutter dreier Kinder, die alle das Frühfranzösisch absolviert haben. «Die Motivation war überschaubar, das Resultat nach zwei Jahren ernüchternd», sagt Wydler. In der Oberstufe würden die Französisch-Lehrpersonen fast bei null beginnen, höre man in der Schulwelt oft.

Sekundarlehrer Christoph Ziegler bestätigt dies. Nach über 35 Jahren Erfahrung fände er es besser, in der Primarschule stärker auf Kernkompetenzen wie Deutsch zu fokussieren und ab der Oberstufe in Französisch zu investieren. «Am Ende der Sek konnten die Jugendlichen früher, als der Unterricht später einsetzte, mindestens gleich gut Französisch», sagt Ziegler, der für die GLP im Kantonsrat sitzt. 2017 engagierte er sich an vorderster Front für die Fremdspracheninitiative, die GLP beschloss damals aber Stimmfreigabe.

Dieses Mal ist es anders. Zieglers Parteikollegin Nadia Koch ist Mitmotionärin. Sie ist auch in der Schulpflege Rümlang und weist auf wissenschaftliche Erkenntnisse hin. Eine Studie des Kompetenzzentrums für Mehrsprachigkeit belege, dass ältere Lernende einen Startvorteil hätten. Sie lernen schneller als die jüngeren.

Eine weitere Motionärin ist SVP-Kantonsrätin Ursula Junker, die in Mettmenstetten Lehrlinge ausbildet. Zwei Fremdsprachen seien in der Primarschule zu viel, sagt sie. Und da Englisch so stark im Alltagsleben der Kinder verankert sei, mache es eher Sinn, diese Sprache in der Primarstufe zu belassen.

«Weitere Nivellierung nach unten»

Gemäss den Motionärinnen könnte man die drei Französischlektionen in der 5. und 6. Klasse ersatzlos streichen oder in Deutsch- und Mathematiklektionen umwandeln. Nadia Koch schlägt einen Kompromiss vor: 1 Stunde Deutsch, 1 Stunde Mathe und 1 Stunde frei.

Das Anliegen trifft auch in anderen Parteien auf Sympathie. FDP-Kantonsrat Marc Bourgeois ist ebenfalls in der Bildungskommission und sagt: «Frühfranzösisch bringt aus pädagogischer Sicht nichts.» Zu bedenken sei, dass Französisch für viele Kinder die fünfte Sprache sei nach jener der migrantischen Eltern, Schweizerdeutsch, Hochdeutsch und Englisch. Die Lektionen sollen in Deutsch investiert werden - «und das sage ich als Vaudois!». Bourgeois hat einen Vater aus der Waadt und sprach zu Hause bis zum Alter von vier Jahren Französisch. Mit dieser Meinung ist



Bourgeois aber in seiner Fraktion knapp unterlegen, wie er sagt. Deshalb trägt die FDP den Vorstoss nicht mit.

Eine, die am Frühfranzösisch festhalten will, ist FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer. Die Abschaffung des Frühfranzösisch würde zu «einer weiteren Nivellierung nach unten» führen, wie sie sagt. «Man nähme den guten Schülerinnen und Schülern etwas weg.» Falls es ein Problem mit der Qualität gebe, müsse man in die Ausbildung der Lehrpersonen investieren, anstatt das Fach abzuschaffen, findet Furrer.

Französisch neben Englisch sprechen zu können, sei ein grosses Plus in der Schweizer und der internationalen Berufswelt.

Harmos-Konkordat neu aushandeln

Die SP-Fraktion, die ähnliche Vorstösse stets bekämpft hatte, hat sich noch keine Meinung gemacht.

Die Motion verlangt eine Gesetzesänderung im Kanton Zürich. Klar ist aber auch, dass es weitere Implikationen gibt. 2004 hatten sich die Kantone auf zwei Fremdsprachen in der Primarschule geeinigt. Im daraus entstandenen Harmos-Konkordat ist dies festgelegt. Dieses müsste also neu ausgehandelt werden.

Mit dem eidgenössischen Sprachengesetz ist der Vorschlag wiederum vereinbar. Dieses verlangt bloss, dass die Schülerinnen und Schüler «am Ende der obligatorischen Schulzeit über Kompetenzen in mindestens einer zweiten Landessprache () verfügen».

Der Regierungsrat hat nun drei Monate Zeit, um seine Haltung zu definieren. Dann kommt die Motion in den Kantonsrat. Stimmt er ihr zu, muss die Regierung binnen zwei Jahren einen konkreten Vorschlag machen.

Das leidige Frühfranzösisch

Schweizerzeit, 24. Januar 2025

Der teuerste Witz der Schweizer Schulgeschichte • Von einem gestressten (hier anonymisierten) Vater und Lehrer aus der Ostschweiz; sein Name ist der Redaktion bekannt.

Diesen Sommer ist unser Sohn in die Sek P (progymnasial) übergetreten. Innerhalb weniger Wochen wurde ihm schmerzlich und in aller Deutlichkeit bewusst, dass er in vier langen Jahren Französischunterricht mit dem Lehrmittel «Mille feuilles» an der Primarschule von dieser Sprache rein gar nichts mitbekommen hat. Die Realität hat ihn eingeholt.

Sein Vater hatte ihm zwar immer wieder einmal angedeutet, dass es um seine Französischfähigkeiten – trotz durchgehender Zeugnisnote 6 in allen vier Jahren! – eher trübe bestellt sei. Aber so richtig nachvollziehen kann er es erst jetzt, wo er zum ersten Mal so etwas wie einen strukturierten Französischunterricht erlebt. Und wo von ihm erwartet wird, dass er gewisse sprachliche Strukturen mündlich und schriftlich anwenden kann.

Cours intensif – Klett-Verlag

Bezeichnend ist, dass an der Sek P nun mit dem Lehrmittel «Le Cours intensif 1» (Klett-Verlag) gearbeitet wird. Dieses Lehrmittel beginnt in Französisch wieder bei null: Mit «'avoir» und «être», mit den Personalpronomen und basalem Wortschatz. Ein klareres Eingeständnis, dass die vier Jahre «Frühfranz» an der Primarschule zu 100% wirkungslos verpuffen, gibt es aber nicht. Die bittere Wahrheit sieht so aus: Den allermeisten Schülerinnen und Schülern ist nach zehn 10 Jahreslektionen (= knapp 400 Einzellektionen!) Französisch an der Primar z.B. nicht bekannt,



- dass (und wie) «je» und «j'ai» verschieden ausgesprochen werden und etwas Unterschiedliches bedeuten;
- was es mit «'un/une» respektive «le/la» auf sich hat;
- wie «le» und «les» korrekt ausgesprochen werden;
- wie man ein -e-Verb konjugieren könnte;
- was allereinfachste Unterrichtsanweisungen wie «Ouvrez les livres» oder «Lis la phrase» meinen könnten;
- wie elementarste Smalltalk-Formulierungen wie «Comment tu t'appelles?» usw. gebildet/ausgesprochen/beantwortet werden müssen.

Ich habe mich mit zahlreichen Eltern, deren Kinder teilweise dieselbe oder andere Sekundarschulen besuchen, unterhalten. Die Aussagen sind überall ähnlich oder identisch. Und dabei geht es noch um jene Schülerinnen und Schüler, welche angeblich am meisten können sollten in Französisch!

Das mit vollkommen unrealistischen Verheissungen eingeführte Frühfranzösisch ist kolossal gescheitert und kann verlustlos wieder gestrichen werden. Den Primarschulkindern wäre mit einem zusätzlichen freien Nachmittag pro Woche sicher mehr gedient. Und mit dem Geld würde man lieber die Schulbauten verbessern. Oder gute Leseförderung in Deutsch betreiben.

Übrigens: Innerhalb von vier Tagen habe ich – und das ganz ohne das Hirngespinnst «Didaktik der Mehrsprachigkeit» – unserem Sohn nach Feierabend das beigebracht, was er benötigte, um im ersten Französischtest bestehen zu können (dafür hätte er allerdings vier Jahre lang Zeit an der Schule gehabt). Aber was ist mit jenen Kindern, die zuhause niemanden haben, der ihnen so helfen kann? Die lässt man einfach im Stich.

Schulfach Französisch langfristig ruiniert

Das Schulfach Französisch hatte immer schon einen schweren Stand. Aber nun wurde es langfristig, womöglich endgültig ruiniert. Es ist bei den Schülerinnen und Schülern unbeliebter als je zuvor. Die Studenten von Pädagogischen Hochschulen (PH) wählen es grossmehrheitlich ab. An den Unis findet man kaum noch Leute, die Romanistik studieren.

Wer übernimmt die Verantwortung?

Leider muss damit gerechnet werden, dass dieser Wahnsinn noch 10-15 Jahre so weitergehen wird. Erst dann werden alle verantwortlichen Personen von den PHs und aus der Politik in Rente gegangen sein. Bis dahin wird selbstmörderisch weiter «erfolgreich» gescheitert auf der ganzen Linie. Und Verantwortung dafür übernehmen muss sowieso niemand.

Nicht zu beantworten bleibt angesichts der eklatanten Misere die Frage: warum gibt es nicht längst einen flächendeckenden Aufstand von Eltern und Lehrkräften gegen diese gewaltige Geld- und Zeitvernichtungsmaschine? Aus dem politischen Milieu ist das nicht zu erwarten, denn sonst müsste man ja über die Verantwortlichkeiten sprechen.

«Der Druck macht die Kinder krank»

Tages-Anzeiger, 5. Februar 2025, Zürich, Nina Fargahi

Frühfranzösisch • Die Politik streitet über die Abschaffung des Französischunterrichts auf der Primarstufe. Kinderarzt Oskar Jenni plädiert für eine Entlastung der Schülerinnen und Schüler.

Oskar Jenni ist Nachfolger des bekannten Kinderarztes Remo Largo am Universitäts-Kinderspital Zürich und kritisiert den frühen Fremdsprachenunterricht. Er betont, dass Kinder Sprachen nicht automatisch lernen und dass individuelle Unterschiede oft unterschätzt werden. Zudem stellt er einen Zusammenhang zwischen erhöhtem Schuldruck und psychischen Erkrankungen fest.



Herr Jenni, was halten Sie von Französischlektionen auf Primarstufe?

Das frühe Fremdsprachenlernen beruht auf zwei Missverständnissen: Erstens wird oft angenommen, dass Kinder Sprachen besonders leicht lernen. Doch das gelingt nur, wenn sie wirklich in eine Sprache eintauchen - sie regelmässig hören und sprechen.

Es ist also ein anderes Lernen als später?

Kinder lernen zwar intuitiver, aber ohne «Sprachbad» bleibt der Lernerfolg begrenzt. Jugendliche hingegen setzen bewusstere Lernstrategien ein und lernen damit effizienter.

Und das zweite Missverständnis?

Es wird oft angenommen, dass alle Kinder eine Fremdsprache mit einer gezielten Förderung gleichermassen gut lernen können. Doch das stimmt so nicht. Es gibt bei der Sprachentwicklung - ebenso wie beispielsweise bei der motorischen Entwicklung - sehr grosse Unterschiede bei Kindern: Die einen sind begabter, die anderen weniger.

Begabung hat doch auch viel mit Förderung zu tun?

Die Sprachbegabung ist bis zu einem gewissen Grad angeboren. Das Lernen einer Sprache wird zudem von den intellektuellen Fähigkeiten eines Kindes beeinflusst, etwa von der Kapazität seines Arbeitsgedächtnisses. Viele Kinder, die wir wegen Entwicklungsauffälligkeiten am Kinderspital betreuen, tun sich schwer mit den zusätzlichen Fremdsprachen in der Primarschule.

Was ist mit Kindern, die mehrsprachig aufwachsen?

Auch diese Kinder sind nicht alle von Natur aus sprachbegabt. Für mehrsprachige Kinder stellen die Fremdsprachen in der Primarschule oft eine zusätzliche Hürde dar. Und dies verschärft die ungleichen Bildungschancen, besonders für Kinder aus sozial belasteten Familien.

Auch Ihr Vorgänger, der verstorbene Schweizer Kinderarzt Remo Largo, hat den frühen Fremdsprachenunterricht als «pädagogischen Irrweg» bezeichnet. Überfordern wir die Kinder?

Der Druck auf Kinder ist tatsächlich gross, nicht nur beim Fremdsprachenlernen. Oft übernehmen sie diesen unbewusst, denn sie möchten unsere Erwartungen erfüllen. Besonders Mädchen stehen unter einem doppelten Stress: Sie sollen nicht nur erfolgreich und leistungsstark sein, sondern auch den immer noch tief verwurzelten Rollenerwartungen an Frauen entsprechen.

War der Druck früher denn nicht grösser und die Schule noch strenger?

Ja, die meisten denken das - Schule war doch noch nie ein Zuckerschlecken, Prüfungs- und Notendruck gab es schon immer. Doch Studien belegen das Gegenteil: Der Schuldruck hat in den letzten 20 Jahren zugenommen. Zu diesem Ergebnis kommt etwa die HBSC-Studie, die zwischen 2002 und 2022 in 43 Ländern, auch in der Schweiz, durchgeführt wurde. Zudem bestätigt eine systematische Übersichtsarbeit von 52 Studien einen Zusammenhang zwischen dem steigenden Schuldruck und der psychischen Belastung. Die wissenschaftliche Evidenz ist leider eindeutig: Der Druck, der auf den Kindern lastet, macht sie krank.

Können Sie diese Befunde aus Ihrer Alltagserfahrung bestätigen?

Ja, wir beobachten eine starke Zunahme von Kindern und Jugendlichen mit Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsstörungen. Auch Behandlungen mit Ritalin haben zugenommen. Zudem sind Angststörungen, Depressionen und andere psychiatrische Erkrankungen häufiger geworden. Die Coronapandemie hat diese Entwicklung noch verstärkt. Sie ist jedoch nicht die Ursache, sondern ein zusätzlicher Faktor in einem bereits länger anhaltenden Trend.

Welche Rolle spielen die sozialen Medien?

Die digitalen Medien sind in der Regel nicht der Auslöser für die Probleme; sie verstärken lediglich die Herausforderungen.

Was ist dann der Grund?

Eine internationale Expertengruppe hat im vergangenen Herbst in der britischen Medizinzeitschrift «The Lancet» die Ursachen der globalen Jugendkrise unter dem Begriff Megatrends zusammengefasst. Dazu gehören die wachsende Individualisierung mit Fokus auf Selbstverwirklichung, der zu-



nehmende Leistungs- und Wettbewerbsdruck, der steigende Perfektionismus von Menschen, der rasante technologische Wandel sowie Ängste vor der Klimakrise, den Kriegen und politischen Umwälzungen.

Wie kann man diesen Entwicklungen Gegensteuer geben?

Dafür sind dringend Massnahmen nötig - sowohl im Kleinen als auch im Grossen. Es braucht eine Entschärfung des Bildungsdrucks.

Wie lauten Ihre Forderungen aus Sicht der Entwicklungspädiatrie?

Der frühe Französischunterricht muss abgeschafft werden. Die schulische Selektion muss später stattfinden. Ebenso ist eine bessere psychische Gesundheitsversorgung nötig, genauso wie gewisse Regeln für den Umgang mit digitalen Medien. Es ist auch wichtig, dass wir uns vom Anspruch der Perfektion lösen - und hier spielen vor allem Eltern und Lehrpersonen eine wichtige Rolle. Die Wertschätzung eines Kindes sollte niemals nur von seiner schulischen Leistungsfähigkeit abhängig sein.

Was bedeutet eine Schule ohne Leistungsdruck? Die Kinder spielen den ganzen Tag draussen?

Nein, es geht nicht darum, die Kinder sich selbst zu überlassen und keine Erwartungen mehr an sie zu haben. Sie brauchen Orientierung und Strukturen, um sich gesund entwickeln zu können - und selbstverständlich sollen sie auch lesen, schreiben und rechnen lernen und etwas über die Welt erfahren. Wir dürfen dabei aber die Schule nie nur aus der Perspektive von uns Erwachsenen gestalten, sondern müssen sie auch mit den Augen der Kinder sehen.

Und die Sicht der Kinder ist: Französischvokabeln büffeln ist langweilig?

Für wen sollen Kinder denn so früh wie möglich Französisch und Englisch lernen? In erster Linie sind es wirtschaftliche Gründe, die wir Erwachsene ins Feld führen - sie sollen optimal auf die Arbeitswelt vorbereitet werden, denn Fremdsprachen gelten als Wettbewerbsvorteil und Erfolgsfaktor. Auch politische Aspekte wie der Zusammenhalt der Schweiz spielen eine Rolle, was durchaus legitim ist - doch für ein Schulkind sind diese Zusammenhänge unverständlich.

Kita-integrierte Deutschförderung hilft beim Spracherwerb

Tages-Anzeiger, 30. Januar 2025, Zürich, Sepinud Poorghadiri

Externe Evaluation zeigt Nutzen • Seit 2020 läuft die vorschulische Deutschförderung in allen Zürcher Stadtkreisen.

Eine externe Evaluation der Pädagogischen Hochschule Zürich (PHZH) bestätigt die Wirkung der kita-integrierten Deutschförderung. Das schreibt die Stadt Zürich am Dienstagmorgen in einer Medienmitteilung. Das Programm «Gut vorbereitet in den Kindergarten», in dessen Rahmen die Deutschförderung stattfindet, soll zudem weiterentwickelt werden.

Um die Entwicklung der Kinder und die Förderung sozialer Integration zu begünstigen, hat die Stadt ab 2013 die vorschulische Deutschförderung im Rahmen des Programms «Gut vorbereitet auf den Kindergarten» (GvidK) schrittweise auf die ganze Stadt ausgeweitet. Seit 2020 sind alle Schulkreise beteiligt.

Das Programm richtet sich an Kinder, die ein Jahr vor dem Kindergarteneintritt noch kein oder nur wenig Deutsch sprechen. Diese Kinder werden mittels einer Sprachstandserhebung ermittelt und die Erziehungsberechtigten werden motiviert, ihr Kind in einer Kita anzumelden, die eine Kita-integrierte Deutschförderung (KiD) bietet.

Finanziert wird das Angebot durch die Stadt, die Erziehungsberechtigten tragen die regulären einkommensabhängigen Betreuungskosten für den Kita-Platz.



Um die Wirksamkeit des Programms GvidK zu überprüfen und dieses weiterentwickeln zu können, hat die Stadt die Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) mit der Durchführung einer wissenschaftlichen Evaluation (2022-2024) des Programms beauftragt. Die Resultate wurden nun veröffentlicht und zeigen ein differenziertes Bild.

Noch Optimierungspotenzial

Der Nutzen der kitaintegrierten Deutschförderung wird bestätigt, insbesondere bei der Hauptzielgruppe der Kinder mit besonders hohem Deutschförderbedarf, die spezifisch für das KiD-Programm in die Kita eingetreten sind. Diese Kinder können sich beim Eintritt in den Kindergarten dann zwar noch nicht grundsätzlich gut auf Deutsch verständigen, sie sind aber in der Lage, sich auszudrücken und einiges zu verstehen.

Die Auswertungen bestätigen darüber hinaus auch den bekannten Befund, dass der Kita-Besuch an sich die Sprachentwicklung in Deutsch im Vergleich zu Kindern ohne Kita-Betreuung signifikant fördert.

Die Evaluation zeigte gleichzeitig auch Optimierungspotenzial auf. So drücken zwar die allermeisten Kita-Angestellten eine hohe Grundzufriedenheit mit dem Programm aus. Gleichzeitig wünschen sie sich aber mehr Konstanz, etwa bei der Planung und Durchführung des Angebots. Auch wird beispielsweise gewünscht, dass die Coaches den Kitas längerfristig zugeteilt werden und deren Besuche häufiger stattfinden.

Die im Bericht gemachten Empfehlungen bezüglich der Weiterentwicklung von GvidK werden nun näher geprüft. Ziel ist es, das Programm GvidK und damit einen wichtigen Pfeiler der Frühen Förderung in der Stadt Zürich weiter zu stärken.

Verfehlte Gleichmacherei bei der Bildung

NZZ, 21. Januar 2025, Meinung & Debatte, Katharina Fontana

Nein zur christlichen Mädchenschule

Keine Gnade für die christliche Mädchenschule St. Katharina in Wil: Das Bundesgericht hat entschieden, dass die bei den Schülerinnen und Eltern beliebte und traditionsreiche Sekundarschule nicht mehr in die heutige Zeit passt. Die Institution mit ihrer 200-jährigen Geschichte steht damit wohl vor dem Aus, sie kann in ihrer heutigen Form nicht weiterbestehen. Die Grünen jubeln über den «historischen» Entscheid. Sie haben den Fall vor das Bundesgericht gebracht und dort willige Verbündete gefunden.

Für Jubel besteht allerdings kein Anlass. Das Urteil ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Erstens bildungspolitisch: Die Kantone geben heute Unsummen aus für Programme, um lernschwache und verhaltensauffällige Kinder zu fördern und zu integrieren. Die Probleme der Volksschule sind bekannt und werden auch mit viel Geld nicht wirklich behoben. Vor diesem Hintergrund ist es stossend, dass nun ausgerechnet eine Sekundarschule, die begabten und leistungswilligen Mädchen ein inspirierendes Umfeld bietet, kein staatliches Geld mehr erhalten darf.

Zweitens geht das Bundesgericht bei der Geschlechterfrage weit über das hinaus, was notwendig ist: Es erklärt geschlechtergetrennten Unterricht generell für diskriminierend, alle öffentlichen Schulen seien zur Koedukation verpflichtet. Sicher, man kann den gemeinsamen Unterricht beider Geschlechter als die Normalität ansehen und eine Mädchenschule als konservative Ausnahme, doch offenkundig entspricht das Modell einem grossen Bedürfnis der Schülerinnen, zumindest in Wil. Warum nimmt man den Mädchen die persönliche Freiheit, zu wählen? Was spricht dagegen, dass man ein ähnliches Schulangebot für Knaben schafft?



Die Schule St. Katharina muss, drittens, auch wegen ihrer religiösen Ausrichtung weichen, denn sie bekennt sich – *horribile dictu* – zu christlichen Werten wie Toleranz und Solidarität. So völlig fern von unserer Kultur sind diese Werte zwar nicht, doch das Bundesgericht hält den christlichen Fokus für verfassungswidrig, ebenso die freiwilligen Angebote wie Adventsfeiern und Assisi-Reisen. Man müsse die Überzeugungen der jungen Menschen schützen, heisst es. Wirklich? Wenn man an den woken Einschlag vieler öffentlicher Schulen denkt, an ihren Fokus auf Klima, Gender und Gerechtigkeit und an die zahlreichen aktivistischen Tätigkeiten, bei denen die Schüler mitmachen müssen, wirkt diese Begründung ziemlich hohl.

Vor allem hätte es dem Bundesgericht, viertens, gut angestanden, sich aus föderalistischen Gründen zurückzuhalten. Die Schulhoheit liegt in der Kompetenz der Kantone. Es gibt keinen überzeugenden Grund, warum die Lausanner Richter neue Schranken hochziehen und den Kantonen und Gemeinden vorschreiben, inwieweit sie Schulen mit einem eigenen Profil zulassen dürfen.

Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, dass das höchste Gericht den Fall der Wiler Mädchenschule dazu genutzt hat, um ein ideologisch motiviertes Urteil zugunsten der öffentlichen Schule zu fällen. Eine private Schule mit öffentlichem Leistungsauftrag wie St. Katharina, die einen ausgezeichneten Ruf genießt und die zeigt, wie guter Unterricht geht, wird als störend angesehen. Statt dass darauf hingezielt wird, das Niveau in den öffentlichen Schulen zu heben, wird einfach die bessere Konkurrenz zerstört. Gleichmacherei geht über alles, auch wenn dadurch das Niveau sinkt.

Der Entscheid der Zweiten öffentlichrechtlichen Abteilung fiel mit drei zu zwei Stimmen. Mit Recht im engeren Sinn hat das Urteil nicht viel zu tun, mit der persönlichen Weltanschauung der Richter dagegen sehr viel. Das Urteil St. Katharina ist kein Ruhmesblatt für die höchste Justiz.

Absurdes Bundesgerichtsurteil zum Kathi

Wiler Nachrichten, 30. Januar 2025, Leserbrief

Das bundesgerichtliche Verdikt über die Sekundarschule St. Katharina in Wil ist absurd. Angesichts der Tatsache, dass 20 Prozent unserer Schulabgänger nur ungenügend lesen, schreiben und rechnen können, sollten wir froh sein um eine Schule, die bei Eltern und Schülerinnen ein Renner ist, weil dort schulische Leistung gross geschrieben wird und erst noch tolle musische Programme angeboten werden. Stattdessen gibt das Bundesgericht den politischen Gegnern des Kathi und anderen Neidern recht und bezeichnet die christliche Ausrichtung der Schule als verfassungswidrig: «Das Kathi ist konfessionell klar christlich, beziehungsweise katholisch orientiert.» Weit haben wir es gebracht! Verstösst eine Schule gegen unsere Verfassung, wenn sie christliche Werte lebt? Übrigens nimmt das Kathi Schülerinnen aller Konfessionen und Religionen auf und fördert den gegenseitigen Respekt vor der Religion der Mitmenschen. Und warum soll es «nicht mit dem Gebot der Gleichbehandlung vereinbar» sein, dass die Schule nur Mädchen aufnimmt? Den anderen Oberstufenschulen steht es frei, mit dem Kathi in Konkurrenz zu treten, indem sie sich ebenso hohe schulische, musische und ethische Ziele setzen. Einen Vorteil hat der fragwürdige Bundesgerichtsentscheid: Nun ist die vorbildliche Wiler Schule im ganzen Land bekannt. Warum nicht Gönner suchen, die ihre Weiterexistenz auch ohne Staatsgelder sichern wollen?

Marianne Wüthrich, Wil



Dänemarks Kinder sitzen zu oft am Bildschirm – jetzt greifen die Eltern ein

Tages-Anzeiger, 27. Januar 2025, Alex Rühle

Das Land galt lange als Vorreiter bei der Digitalisierung an Schulen. Inzwischen krebsen die Behörden zurück, und Eltern organisieren sich in Vereinen für ein handyfreies Aufwachsen.

In Kürze:

- Ein Verein in Dänemark setzt sich für spätere Smartphone-Nutzung bei Kindern ein.
- Die Digitalisierung in dänischen Schulen führt zunehmend zu Ablenkung der Kinder.
- Ein Social-Media-Verbot für unter 15-Jährige wird in Dänemark diskutiert.

Alles begann an einem Elternabend. Anders Lemke-Holsteins Sohn war gerade in die dritte Klasse gekommen. Die Eltern sprachen darüber, dass die Kinder jetzt in die Mittagsbetreuung gehen und ob sie da nicht alle ein Handy bräuchten, weil die meisten anderen auch eines haben. Noch irritierender aber fand Lemke-Holstein, wie während des Abends über die grossen Techfirmen geredet wurde. «Wir sprachen alle von der Digitalisierung wie von einem Tsunami oder der Schwerkraft, etwas Unveränderlichem, dem man ohnehin nicht im Weg stehen kann.»

Lemke-Holstein hat Computerwissenschaften studiert, für mehrere Start-ups gearbeitet und selbst einige Apps programmiert, darunter eine Alternative zu den Messengerdiensten, die keine Daten abgreift. Er weiss nur zu gut um die Sogkraft des Internets, die eingebauten Suchtmechanismen wie das sogenannte «Infinite Scroll», bei dem immer neue Inhalte nachgeladen werden.

«Die Firmen wollen nicht nur unsere Daten», sagt Anders Lemke-Holstein, «sondern vor allem unsere Zeit.»

«Rational wissen wir, die Techgiganten ködern uns», sagt er im Gespräch in einem Kopenhagener Café. «Aber wie stark der Sog ist, darüber machen wir uns alle noch zu wenig Gedanken. Die Firmen wollen ja nicht nur unsere Daten, sondern vor allem unsere Zeit. Und die unserer Kinder.»

In der fünften Klasse auf den sozialen Medien unterwegs

Und die kriegen sie: 97 Prozent aller Zehnjährigen haben in Dänemark ein eigenes Handy, spätestens in der fünften Klasse sind die meisten auf mindestens einer sozialen Plattform aktiv. In den anderen skandinavischen Ländern sieht es ähnlich aus.

Lemke-Holstein fragte nach dem Elternabend nachts auf LinkedIn, ob er der Einzige sei, der sich unwohl fühle bei dem Gedanken daran, einem Neunjährigen ein iPhone in die Hand zu drücken. War er nicht. Bei seiner Suche nach Handlungsmöglichkeiten stiess er auf die englische Seite [Smartphone Free Childhood](#), die ihn inspirierte.

Er gründete im Frühjahr 2024 den Verein [Skærmsund Barn](#)dom. Zeitgleich hatte sich, ebenfalls inspiriert durch Smartphone Free Childhood, andernorts in Dänemark [Smartphonefri Barndom](#) gegründet. Mittlerweile haben sich die zwei Gruppen zusammengetan.

Wer sich anmeldet, gibt damit das Versprechen ab, seinem Kind frühestens in der achten Klasse ein Smartphone zur Verfügung zu stellen und mindestens zehn Familien aus dem Jahrgang des eigenen Kindes zu suchen, die dasselbe tun. Mittlerweile gibt es Untergruppen auch [in der Schweiz](#) und weiteren Ländern.

«Erwachsene haben den digitalen Konsum selbst nicht im Griff»

«Wir wollen die Kinder ja nicht isolieren», sagt Lemke-Holstein. «Also müssen sich viele Eltern zusammentun, um eine Art Gegenpol zu bilden.» Alle Eltern seien viel zu lange mit dem Problem alleingelassen worden. «Zum einen haben wir Erwachsenen den digitalen Konsum doch selbst nicht im Griff. Zum anderen hat sich der Staat viel zu lange geradezu naiv verhalten in Sachen Computernutzung.»



Zwei 16-jährige Mädchen schrieben im November in der dänischen Tageszeitung «Politiken» einen Appell. Die beiden besuchen ein Gymnasium, das dieses Schuljahr mit einem handyfreien Monat im Unterricht (inklusive Pausen) begonnen hat. Die beiden waren völlig erstaunt, wie gut ihnen das tat. Weniger Mobbing, mehr Augenkontakt und Miteinander. Als sie ihre Mitschülerinnen dazu befragten, «hat die überwiegende Mehrheit geantwortet, dass es gut war, weil alle präsenter und offener waren». Und sie appellieren an die Eltern, sie zu unterstützen: «Legt die Handys weg. Zeigt, dass ihr es schaffen könnt, das wird uns helfen.»

Sechs von zehn Dänen zeigen Symptome einer Social-Media-Sucht

Das ist leichter gesagt als getan. Mikkel Flyverbom, Professor für digitalen Wandel an der Copenhagen Business School, der permanent Texte über die Tricks und Suchtmechanismen der Technologieplattformen schreibt, gab öffentlich zu, er sei selbst süchtig und habe seinen Handykonsum überhaupt nicht im Griff, weshalb er ankündigte, eine Entzugstherapie zu machen.

Damit ist er in sehr grosser Gesellschaft: In einer Umfrage gaben 43 Prozent der über 18-jährigen Dänen und Däninnen an, dass sie ihre Freizeit gerne weniger oder deutlich weniger am Telefon oder Tablet verbringen würden. Gleichzeitig antwortete jede fünfte Person, dass sie in den vergangenen zwei Jahren versucht habe, den Bildschirmverbrauch einzuschränken, es aber schlichtweg nicht gelungen sei. Eine Studie des Institut for Folkesundhed kommt sogar zu dem Schluss, dass sechs von zehn Däninnen und Dänen Symptome einer Sucht nach sozialen Medien zeigen.

Schattenseiten der Rundum-Digitalisierung

Dänemark und die anderen skandinavischen Länder haben sehr viel Energie und Geld in die Digitalisierung der Schulen gesteckt. Laut der neuesten Pisa-Erhebung verbringen in keinem anderen Land der Welt die Kinder und Jugendlichen in ihrer jeweiligen Schule so viel Zeit vor Bildschirmen wie in Dänemark. So nutzen 72 Prozent der dänischen Kinder und Jugendlichen in nahezu jeder Schulstunde digitale Geräte. 30 Prozent gaben an, sie seien praktisch nonstop online.

In den vergangenen zwei Jahren aber werden plötzlich die Schattenseiten der pädagogischen Rundum-Digitalisierung diskutiert. In einer Umfrage des Ministeriums für Kinder und Bildung gab von den befragten Schülerinnen und Schülern jede dritte Person an, im Unterricht durch Smartphones oder Computer abgelenkt zu werden. Der sozialdemokratische Bildungsminister Mattias Tesfaye sprach von «wirklich alarmierenden Zahlen» und klang kämpferisch, als er in der Zeitung «Politiken» forderte, die Schulen müssten «das Klassenzimmer als Bildungsraum zurückerobern». Schliesslich dürfe man die Kinder «nicht zu Versuchskaninchen in einem digitalen Experiment machen, dessen Ausmass und Folgen wir nicht überblicken können».

Debatte um Social-Media-Verbot für Jugendliche

Im Februar 2024 gab das Ministerium folgende Empfehlungen heraus:

- Keine Smartphones im Klassenzimmer oder auf dem Pausenplatz
- Mehr analoger Unterricht
- Firewalls, die es den Schülern unmöglich machen sollen, im Unterricht auf soziale Plattformen, Shoppingkanäle oder Games zu gehen
- Das Sperren nicht relevanter Internetseiten
- Das Wegschliessen von Handys und Tablets, wenn sie nicht benötigt werden
- Bildschirme sollen nur dann eingesetzt werden, wenn sie didaktisch und pädagogisch sinnvoll sind

Kurz darauf schlug Ministerpräsidentin Mette Frederiksen vor, den Zugang zu sozialen Plattformen auf 15 Jahre hochzusetzen. Ausserdem forderte sie die Techfirmen dazu auf, «suchtverstärkende Mechanismen» wie das «Infinite Scroll» abzuschaffen. Ausserdem würde sie die



grossen Firmen gern dazu verpflichten, konsequenter auf Beschwerden über problematische Inhalte zu reagieren. Justizminister Peter Hummelgaard lässt jetzt prüfen, ob, ähnlich wie in Australien, ein landesweites Verbot von Social-Media-Verträgen für Kinder unter 15 Jahren möglich ist.

Ein Anfang ist gemacht

Zum Schluss sagt Anders Lemke-Holstein, was ihn damals bei dem Elternabend fast am meisten irritierte. Es war die Gleichzeitigkeit aus behütender Angst um die Kinder im analogen Raum und die Sorglosigkeit in Sachen Digitalisierung. «Die Klasse muss nach der Schule 500 Meter weiter zur Nachmittagsbetreuung. Das Gebäude ist in Sichtweite der Schule. Trotzdem beharrten mehrere Eltern darauf, dass die Kinder für diesen Weg ein iPhone bekommen, damit sie getrackt werden können.»

Gleichzeitig aber prasselt aus genau diesem Behütungsinstrument täglich Schund auf die Kinder ein. Laut einer Studie haben drei von vier Kindern im Alter zwischen 9 und 14 Jahren «unangenehme Inhalte im Internet» gesehen. Mittlerweile haben 3000 dänische Eltern die Selbstverpflichtung unterschrieben, ihrem Kind erst zur achten Klasse ein Handy zu geben. «Viel zu wenig», sagt Lemke-Holstein, «aber ein Anfang.»